



Banken müssen mit weiteren Schadenersatzklagen rechnen.

KARIN HOFER / NZZ

Die Plage mit der Klage

Was der Gerichtsentscheid im Fall Swatch/UBS für Anleger bedeutet

Das Zürcher Handelsgericht hat entschieden, dass die UBS die Swatch Group nicht für Verluste mit Absolute-Return-Fonds entschädigen muss. Auch Privatanleger tun sich mit Klagen gegen Banken oft sehr schwer.

Michael Ferber

«Erstens kommt es anders, und zweitens als man denkt», dichtete einst Wilhelm Busch. Von der Wahrheit dieses Verses können auch viele Anleger ein Liedchen singen. Wer sein Geld mit der Investition in sogenannte Garantie-Zertifikate von Lehman Brothers sicher glaubte, wurde nach dem Kollaps der US-Bank in der Finanzkrise 2008 eines Besseren belehrt. Dasselbe gilt für Anleger, die sich von Absolute-Return-Fonds der Schweizer Grossbanken stetige positive Renditen erhofften – in der Krise verloren diese Vehikel vielmehr zweistellig an Wert. Ist in solchen Fällen die Bank unter bestimmten Umständen mitverantwortlich für die Verluste? Muss sie die Anleger entschädigen?

Langer Atem nötig

Das Zürcher Handelsgericht hat sich dazu im April in einem aufsehenerregenden Fall geäussert. Die zum Uhrenhersteller Swatch gehörende luxemburgische Swatch Group Sicaf hatte die Grossbank UBS verklagt und wollte rund 30 Mio. Fr. zurückerstattet haben, die sie mit Investitionen in die oben genannten Absolute-Return-Fonds der Bank verloren hatte. Das Handelsgericht gab der UBS recht. Die Swatch Group Sicaf bewirtschaftete das Finanzvermögen der Swatch Group und verfügte über profunde Fachkenntnisse in der Vermögensverwaltung, heisst es in dem Urteil. Das Argument der Klägerin, dass sie im Bereich Absolute-

Return-Produkte oder im Bereich verbriefteter Hypothekemarkt der USA offensichtlich unerfahren gewesen sei, sei haltlos. Wer über profunde Finanzmarkterfahrung verfüge, sei auch in der Lage, neue, ihm bisher nicht bekannte Produkte und Konzepte zu beurteilen. Gemäss dem im Bankenrecht praktizierenden Rechtsanwalt Jean-Marc Schaller von der Zürcher Wirtschaftskanzlei Holenstein muss ein Unternehmen mit professioneller Tresorerie, das über ein eigenständiges Management verfügt und zumindest Teile des Unternehmensvermögens selbst verwaltet, grundsätzlich als hinreichend sachkundiger Anleger qualifiziert werden.

Wie verhält es sich in solchen Fällen aber mit Privatanlegern? Ergeben Klagen aus deren Sicht überhaupt einen Sinn? Bei Engagements an den Finanzmärkten und Geldanlagen sollten sich Kleinanleger jedenfalls grundsätzlich bewusst sein, dass sie dabei Risiken eingehen und dass es in erster Linie sie selbst sind, die die Verantwortung für die Entwicklung der Investitionen tragen. Läuft etwas schief, dann sind Klagen gegen Finanzinstitute aus Sicht von Monika Roth, Advokatin und Professorin an der Hochschule Luzern, eine schwierige Option. Schliesslich müssen die Privatanleger solche Prozesskosten vorfinanzieren. Damit sich dies lohne, müsse es um sehr viel Geld gehen. Als Privatanleger müsse man also sehr verärgert und sehr wohlhabend sein und einen sehr langen Atem haben, um eine solche Klage wirklich durchzuziehen, sagt die Advokatin.

Grundsätzlich lässt sich zu der Thematik aus Sicht von Roth sagen, dass der Anlageberater zur Sorgfalt verpflichtet ist – das heisst, er muss die geeigneten Mittel einsetzen und nicht ein bestimmtes Resultat oder eine bestimmte Performance erreichen. Es besteht keine Haftung für einen Wertzuwachs oder die Erhaltung der Vermögenssubstanz.

In den letzten Jahren gab es im Bankenrecht zu solchen Thematiken Leitentscheide, die hier ohne Anspruch auf Vollständigkeit wiedergegeben werden: Zunächst ist dabei der Retrozessionsentscheid des Bundesgerichts von Ende Oktober 2012 zu nennen. Dabei ging es darum, ob auch konzernintern geflossene Bestandespflegekommissionen bei fehlender gültiger Verzichtserklärung des Anlegers an diesen herauszugeben sind. Hier wird nun über die Verjährungsfrage gestritten. Gemäss Schaller könnte es dazu in den nächsten Monaten allenfalls durch Pensionskassen erstrittene Leitentscheide geben.

Weitere Entscheide erwartet

Als wichtigen Fall sieht der Rechtsanwalt auch den «Lehman-Entscheid» des Bundesgerichts vom Dezember 2011. Gemäss diesem stellt es keine Pflichtverletzung der Bank dar, wenn sie für den Anleger ein von der holländischen Lehman Brothers Treasury B. V. emittiertes Zertifikat kauft, obwohl der Anleger die Weisung erteilt hat, 0% des Vermögens in den USA oder in Dollar anzulegen. Dass die US-Muttergesellschaft Lehman Brothers Holdings als Garantiegeberin auftrat, reichte für eine Weisungsverletzung nicht aus.

Schaller erwartet zudem einen richtungweisenden Entscheid vom Zürcher Handelsgericht, in dem es bei einer Schadenersatzklage eines vermögenden Privatanlegers darum geht, ob ein unabhängiger Vermögensverwalter eine Exposition in Goldminenaktien bilden und diese als «sichere Anlage» qualifizieren durfte sowie ob frühere Kursgewinne auf spätere Verluste ganz oder teilweise anzurechnen sind. Des Weiteren seien im US-Steuerstreit Entscheide zu der Frage zu erwarten, ob Banken der Gruppe 2 (nicht aber solche der Gruppe 1) allfällige Bussen des US-Justizministeriums mittels Schadenersatzansprüchen auf US-Kunden abwälzen können.

Standpunkt

Der heutige Zahlungsverkehr verschwendet zu viele Mittel

Christof Leisinger · Der Umgang mit Geld im täglichen Leben sowie die Vermögensanlage generell wurden in der Vergangenheit davon bestimmt, welche Möglichkeiten traditionelle Banken und Versicherungen ihren Kunden offerierten. Lange Zeit unterschieden sich die Angebote kaum voneinander, waren bescheiden und homogen, aber oft auch relativ teuer. Doch das ändert sich, denn technologischer Fortschritt und moderne Kommunikationsmöglichkeiten verwandeln die Rahmenbedingungen. Neu in den Markt kommende Unternehmen und Innovatoren nutzen sie und sorgen für frischen Wind – auch die Fidor Bank. Die Münchner Direktbank setzt auf die Möglichkeiten des «Web 2.0» und versucht, durch eine ausgeprägte Einbindung der Kunden und bisher nicht gekannte Angebote zu überzeugen.

In den vergangenen Tagen hat sie angekündigt, mit Ripple Labs beim Zahlungsverkehr zusammenzuarbeiten. Fidor werde die erste Bank sein, die das «Ripple-Protokoll» einsetze, welches kostengünstige und «nahezu Realtime-Zahlungen» in allen Währungen möglich mache, hiess es. Man sei dabei, die «Fidor-Idee» international auszurollen, und habe das Ziel, die jeweiligen lokalen Marktplätze international miteinander zu vernetzen, sagt Fidor-Vorstand Matthias Kröner. Ripple stelle in diesem Rahmen ein innovatives Modell dar, wie man Werte effizient für Kunden und Bank transportieren könne. Ripple Labs sei aber auch deswegen ein spannender Partner, weil das Unternehmen für das Thema «Krypto-Währungen» sehr offen sei. Im Unterschied zu «jeder anderen langweiligen, national ausgerichteten Bank» glaube man bei Fidor daran, dass das Internet ein globales Phänomen sei und dass die Kunden in der ganzen Welt am «social banking» interessiert wären – nicht nur in Deutschland, sagt Kröner. Er hebt dabei auf das selbstentwickelte «Fidor-Operating-System» ab, welches eine komplett neuartige Beziehung zwischen Kunde und Bank sowie unter den Kunden möglich mache.

Fidor ist in den vergangenen Monaten in den russischen Markt eingetreten und richtet nun den Blick auf Grossbritannien. Russland wäre in diesem Rahmen grundsätzlich nicht die erste Wahl gewesen, sagt Kröner, allerdings sei man vom Joint-Venture-Partner Life Sreda recht energisch darum gebeten worden. Faktisch zeichne sich Russland durch eine hohe digitale Zuwendung, eine professionelle Bankenlandschaft und durch eine interessante digitale Zielgruppe aus. Da es dort kaum ein anderes Bankangebot gebe, welches transparent und integrativ sei, ergebe sich für Fidor ein riesiger Markt. Was mögliche Sanktionen angehe, packe man das potenzielle Problem chinesisch an und werde «die Schuhe erst am Fluss ausziehen», erklärt der Bankvorstand weiter. Bei der denkbaren Verwendung innovativer Zahlungsverkehrs-Verfahren oder virtuel-

ler Währungen müssten sich regulierte Unternehmen entsprechenden Möglichkeiten öffnen können, fordert Kröner. Faktisch sei Fidor im Zusammenhang mit dem Umgang mit der virtuellen Währung Bitcoin das erste Unternehmen, welches der Bundesbank oder der Bafin über praktische Erkenntnisse berichten könne. Alle anderen wüssten es nur aus den Medien – und die hätten es nie selbst ausprobiert, sagt er.

Zurückkommend auf den Zahlungsverkehr, argumentiert er, es gebe keinen Grund, wieso Geldtransaktionen so teuer sein müssten, so lange dauerten und so kompliziert seien wie derzeit. Prognosen gingen davon aus, dass bis 2020 rund 1 Mrd. Menschen



«Bei Geldtransfers sind die Preise gut – aber nur für die Anbieter.»

Matthias Kröner
Vorstand der Fidor Bank

aus ökonomischen Gründen unterwegs sein würden. Sogenannte Remittances, also Geldtransfers aus dem Ausland in die Heimat, erhielten deswegen eine ganz neue Bedeutung. In diesem Zusammenhang würden Milliardenbeträge zu «sensationellen Preisen» bewegt – allerdings alleine im Sinne der Anbieter. Schätzungen zeigten, dass 3% bis 5% vom Geldverkehr alleine für Provisionen verbraucht würden. Das schreie danach, «optimiert» zu werden, erklärt Kröner und rechnet sich in diesem Bereich entsprechende Wachstumsmöglichkeiten aus.

Anlässlich eines Besuches in New York habe er eine starke Entrepreneur-Szene ausgemacht, die grosse Lust auf dieses Thema verspüre. Nicht nur das sei in starkem Gegensatz zu Europa zu sehen, sondern auch die phänomenale Entwicklung in Asien. Richte man dort den Blick zum Beispiel auf die Strategie von Alipay, der Tochter des chinesischen Online-Shop-Giganten Alibaba, so zeige sich, dass standardisierte, kleinteilige und massenorientierte Transaktionen und Finanzlösungen absorbiert würden. Dieser Veränderungsprozess werde letztlich dazu führen, dass die Banken auch in diesem Bereich ihren Kontakt zu den Kunden verlören. Sie hätten keine Chance, sich dagegen zu wehren, ist Kröner überzeugt.

Er selbst ist durch digitale Netzwerkeffekte auf die Technologie von Ripple Labs aufmerksam geworden. Viele Banken dagegen nähmen nicht wahr, was in diesen Sphären vor sich gehe, weil sie «offline» dächten, so Kröner. «Wenn sie als Entscheider einer Bank nicht wissen, wie soziale Medien funktionieren, weil sie den Praktikanten auf Facebook Werbegeschenke anpreisen lassen, dann kriegen sie so etwas eben nicht mit», sagt er sarkastisch.



Europa bleibt unter strenger Beobachtung. Unserer.

Die Investmentteams bei T. Rowe Price prüfen den Markt bis ins letzte Detail, um attraktive Chancen bei europäischen Aktien und Anleihen aufzuspüren. In teamübergreifender Zusammenarbeit erstellen wir fundamentale Analysen, um langfristige Chancen zu erkennen, ohne uns durch kurzfristige Marktbewegungen beirren zu lassen.

Besuchen Sie www.trowepriceeurope.com

EUROPEAN
EQUITIES

EUROPEAN SMALLER
COMPANIES

EUROPEAN
HIGH YIELD

EURO CORPORATE
BOND

T. Rowe Price
INVEST WITH CONFIDENCE